

Beschluss des Landrates vom 30.08.2018

Nr. 2175

21. Fragestunde der Landratssitzung vom 30. August 2018

2018/604; Protokoll: pw

1. Roman Brunner: Kulturschaffen Baselland

Roman Brunner (SP) bedankt sich für die Beantwortung. Die Antwort zeigt seiner Ansicht nach, dass der Kredit für die Unterstützung ungenügend ist. Er stellt folgende Zusatzfrage zu Frage 3: *Ist die Regierung der Ansicht, dass die Kredithöhe genügt?*

Antwort: Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, der Kredit für diesen Bereich belaufe sich auf 150'000 Franken jährlich. Die Anzahl der eingereichten Gesuche ist im Voraus unbekannt, entsprechend können sie auch nicht budgetiert werden. Die Anzahl der förderungswürdigen Gesuche, die im Rahmen der 10'000 Franken liegen und unterstützt werden, ist im Voraus ebenfalls unbekannt. Die Kreditbewilligung ist immer ein Abwägen. In Jahren mit schönem Wetter kommen viele Defizitgarantien nicht zum Tragen, das heisst neue Gesuche können gutgeheissen werden. Bei der Entwicklung eines neuen Modells für die Kulturförderung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, wird die Höhe des Kredits nochmals neu beurteilt. Es gibt sicherlich nicht zu viel Geld für die Förderung, aber es ist genügend. Die Regierung ist bestrebt, möglichst viele Gesuche gutzuheissen, dabei gibt es auch Finanzierungsmöglichkeiten über den Swisslos-Fonds oder über andere Gefässe. Zusammen mit diesen Gefässen beläuft sich der Kredit nicht auf 150'000 Franken, sondern auf 368'000 Franken. Die Gefässe sind intern festgelegt und beinhalten die Beiträge für Lesungen, Chorprojekt und Ähnliches. Zwischen den Gefässen können allenfalls auch noch Verschiebungen vorgenommen werden. Bei Gesuchen für Veranstaltungen, die Ende Jahr gutgeheissen werden, aber erst im folgenden Jahr stattfinden, kommt es zudem immer auf die Ausschöpfung des Kredits an. Je nach Ausschöpfung werden Auszahlungen schon im alten oder dann erst im neuen Jahr gemacht.

2. Miriam Locher: Entschädigung Lehrpersonen Mehrjahrgangsklassen

Miriam Locher (SP) stellt folgende Zusatzfrage: *Wie ist zu beurteilen, dass die Lehrpersonen allenfalls über die Schulleitungen oder sonst nur mittels Lohnausweis über die geänderte Berechnung ihres Lohnes informiert wurden? Weshalb hat es keinen Zusatzbrief gegeben?*

Antwort: Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, die Anpassung habe viele Punkte betroffen. Es war niemandem bewusst, dass die Lehrpersonen von Mehrjahrgangsklassen durch die bisher angewandte Formel und die Auslegung als Entschädigung weniger Lohn erhalten haben. Wäre dies nicht erst im Nachhinein festgestellt worden, wären die Lehrpersonen darauf hingewiesen worden.

Jan Kirchmayr (SP) stellt folgende Zusatzfrage: *Erfolgt die Mitteilung an die Lehrpersonen noch im Nachhinein?*

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) ist der Ansicht, mittlerweile seien alle Betroffenen sensibilisiert und hätten ihre Lohnabrechnung angeschaut. Es wird einen Regierungsratsbeschluss geben, wie in Zukunft damit umgegangen werden soll. Eine Praxisänderung wird angestrebt, die rückwirkend ab August gelten soll. Falls es eine Änderung gibt, werden selbstverständlich alle Lehrpersonen informiert.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
